

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. Annahme von Inseraten nur gegen Vorausbezahlung.

Cöln, den 21. Januar 1910.

Inserationspreis für die viergep. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 11. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Die Situation des Tages.

Je näher der Ablaufstermin der meisten gekündigten Verträge, der 12. Februar kommt, desto mehr tritt die Wahrscheinlichkeit eines großen Kampfes hervor. Die Verhandlungen der letzten Tage haben die Tarifbewegung aber nicht um das geringste weitergebracht. Das ist eine im Interesse des gewerblichen Friedens und des gegenseitigen Verständehens von Arbeitern und Arbeitgebern nur zu klärende Tatsache. Und wer trägt Schuld? Nach Ansicht der Arbeitgeber allein die Arbeiter, die den Vogen zu straff kamen und mit „exorbitanten“ Forderungen, jede Verständigung von vornherein unmöglich machten. Diese Einseitigkeiten der Arbeitgeber entbehren der Berechtigung. Einmal muß festgestellt werden, daß alle Verträge von den Arbeitgebern gekündigt sind, mithin letzteren eigentlich auch die Pflicht obliegen hätte, für den Neuabschluss von Verträgen geeignete Vorschläge zu machen. Wollten die Arbeitgeber das nicht, dann hätten sie die Verträge nicht kündigen sollen; sie wären dann auch den Schwierigkeiten des Neuabschlusses nicht begegnet. Die Arbeiter waren mit dem Weiterbestehen der ihrerseits nicht gekündigten Verträge zufrieden. Darum haben weniger, als die Arbeitgeber akzeptable Vorschläge für die Neuabschlüsse zu machen.

Als zweites muß festgestellt werden, daß dort, wo seitens der Arbeiter ebenfalls die Verträge gekündigt wurden, sich gegen früher deren Forderungen in bescheidenen Grenzen halten. Wenn es trotzdem nicht gelang, einen „günstigen Eindruck“ auf die Arbeitgeber zu erwecken, so können sich die Arbeiter mit der Tatsache trösten, daß ihre Forderungen stets und zu allen Zeiten, und mögen sie noch so minimal sein, von den Arbeitgebern als zu hoch betrachtet werden. Daran wird nun wohl nichts zu ändern sein. Es kommt bei der bisherigen Bewegung aber auch weniger hierauf an, als auf die Tatsache, daß die Arbeitgeber vor Eintritt in Verhand-

Der in Aussicht stehende große Kampf muß alle Kräfte anspornen, für die Ehre und den Sieg der Organisation alles einzusetzen!

lungen kategorisch verlangten, die Arbeiter sollten diese und jene Forderung zurückziehen oder ermäßigen. Wenn dazu noch vor Eintritt in die Verhandlungen erklärt wurde, bestimmte Forderungen der Arbeiter prinzipiell nicht zu berücksichtigen, so kann man wohl kaum den Arbeitern die Schuld an dem Scheitern der örtlichen Verhandlungen zumessen. Man lese nur einmal folgende Notiz, die am Tage vor den festgesetzten Verhandlungen zu Düsseldorf seitens der Arbeitgeber in die Tagespresse langiert wurde:

Düsseldorf, 14. Januar 1910. (Sig. Drahtber.) Eine gestern Abend abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgebervereins für die Holzindustrie und der Schreinerinnung beschloß, die in dem Vertragsentwurf der Arbeitgeberverbände geforderte Verkürzung der Arbeitszeit unter 54 Stunden wöchentlich, den Mindest- oder Durchschnittslohn, oder Lohngarantie bei Arbeitslosigkeit, als mit den Lebensbedingungen des Schreinerhandwerks unvereinbar abzulehnen. Zur Durchführung aller weiteren Anordnungen wurde ein siebenköpfiger Ausschuss der Arbeitgeber gewählt. Die Anwesenden stellen zur gegenseitigen Sicherung gegen Uebertretung Sichtwechsel aus. (Wöchentliche Holzzeitung Nr. 37, 14. 1. 1910)

Und da soll ein Verhandeln möglich sein? Die „Fachzeitung“ der Arbeitgeber macht's sich freilich bequem. Sie erklärt einfach, es sei „die alte Taktik“ der Arbeiterorganisationen, für den Verlauf der Tarifbewegung die Arbeitgeber verantwortlich zu machen. Mag sein, daß auch bei früheren Bewegungen Gründe vorlagen, die Haltung des Arbeitgeberverbandes unter die kritische Lupe zu nehmen, die Hauptsache ist immerhin, daß die Tatsachen zu ungunsten der Arbeitgeber reden. Daß solches der Fall ist, dürfte von jenen, die objektiv den Verlauf der Bewegung betrachten, allseitig erkannt werden.

Durch das geschilderte Vorgehen der Arbeitgeber wird eine Verständigung an den einzelnen Orten unmöglich gemacht; eine Einigung durch eine zentrale Instanz ist nach Ablehnung des Schiedsgerichts ebenfalls kaum zu erhoffen. Alle Anzeichen deuten auf einen Kampf. Daß aber ein Kampf nicht geführt wird ohne daß auf beiden Seiten Vorteile erwünscht werden, ist selbstverständlich. So zielt man in den Kreisen der Arbeitgeber darauf hin, einen für sich möglichst günstigen Termin des späteren Vertragsablaufes zu erhalten. Dr. Keiner, der Geschäftsführer des Südwestdeutschen Bezirksverbandes der Arbeitgeber, hat an die Ortsverbände ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, worin die Arbeitgeber ersucht werden, einen gemeinsamen Endtermin für die Tarifverträge durchzusetzen und zwar das Jahr 1913;

jeder fernere Kampf um das Ziel eines gemeinsamen Ablaufstermines wäre vergeblich, da die kleineren Verbände nicht in der Lage seien, allein einen solchen zu erkämpfen. Ein diesbezüglicher Antrag soll der stattfindenden Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die „Fachzeitung“ verharret hartnäckig auf dem Standpunkte, daß die Forderungen der Arbeiter „exorbitant“ seien. Die Forderungen sollen weit über das Ziel hinauschießen, und die Existenzmöglichkeit der Arbeitgeber in Frage stellen.

Die Aussicht auf eine Verständigung erscheint uns nicht allzu groß. Einmal wird von den Arbeitern außer acht gelassen, daß sie unter dem Schutze der ablaufenden Verträge auch während der zweijährigen Krise die in der Hochkonjunktur stipulierten Löhne weiter bezogen haben, und zum andern übersiehen sie abgesehen, daß die Krise noch weiter besteht und Erwartungen auf eine Besserung der geschäftlichen Lage in der Luft schweben. — Ist es zu verwundern, wenn die Arbeitgeber-Vertreter der weiteren Entwicklung der Dinge mit gemischten Gefühlen entgegensehen und auf eine Verständigung nur noch geringe Hoffnung setzen? In der Versammlung der 42 Vorsitzenden vom 28. Dezbr. kam bereits die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß man gegenüber dem „Schrecken ohne Ende“, dem „Schrecken mit Ende“ den Vortzug zu geben entschlossen sei und es wurde daher ein tarifloses Arbeiten in Erwägung gezogen für den Fall, daß die Arbeiter nicht noch rechtzeitig einlenken und ihre ganz widersinnigen Forderungen auf ein vernünftiges Maß beschränken. Gegenüber Entstellungen und der geradezu lächerlichen Behauptung, daß die Arbeiter durch die Zurückweisung ihrer maßlosen und der geschäftlichen Lage schon sprechenden Forderungen „brüskiert“ seien, wollen wir noch einmal wiederholen, daß trotz der Ungunst der Zeit und ungeachtet der bedeutend zurückgegangenen Preise für die Fabrikate, die Arbeitgeber aller in Frage kommenden 42 Städte eventuell bereit sind, für das zweite und dritte Vertragsjahr eine mäßige Lohnerhöhung zu gewähren.

Die hier angeedeuteten sehr verkäuflichen „eventuellen“ Zugeständnisse zeugen der „Fachzeitung“ von so „weitgehender sozialpolitischer Einsicht“ und „großer Opforwilligkeit“ der Arbeitgeber, „daß ein Festhalten der Arbeiter an ihren unerfüllbaren Forderungen einem frivolen Spiel mit deren eigenen Interessen gleichkommt.“ Leise wird dann angedeutet, „daß unsere Bezirksverbände bereit gewesen wären, 2 Pfg. Lohnerhöhung zuzugestehen mit der Maßgabe, daß von einer Verkürzung der Arbeitszeit unter 54 Wochenstunden in größeren und 57 resp. 58 Stunden in mittleren und kleinen Städten Abstand genommen wäre.“ Es folgen dann Vergleiche mit den bewilligten und nicht bewilligten Steuern der Reichsfinanzreformvorlage und die Bemerkung, daß Handwerk und Industrie doch allein die neuen Steuern zu tragen hätten. Man will deshalb auch so gutmütig sein, den Arbeitern „Erfas für die infolge der Reichsfinanzreform erwachsenen Mehrausgaben zu gewähren, soweit es die eigene Existenzmöglichkeit zuläßt.“ Die Holzindustrie wolle sich indes nicht durch widersinnige und frivole Forderungen ruinieren lassen, zumal es Tatsache sei, daß bezgl. der Löhne und der Arbeitszeit die Holzindustrie an der Spitze fast aller Gewerbe marschiere. Forderungen auf eine zweistündige Arbeitszeitverkürzung pro Woche seien nach den in den Jahren 1907 und 1908 gemachten Zugeständnissen widersinnig und ruinös. An den Arbeitern liege es, ob sie Vernunftgründe gelten lassen oder ob sie gegen sich und ihre Familien „wüten wollen“. Wollen sie den Kampf um jeden Preis, dann werden sie den Arbeiterschutzbund geschlossen als Partner finden und — bei Philippi sehen wir uns wieder!

Soweit die „Fachzeitung“, die das Bild durch die dem Arbeitgeber passenden Brillengläser sieht und dementsprechend urteilt. Unsere Kollegen wissen, was sie von derartigen Urteilen zu halten haben und werden dementsprechend die Äußerungen der „Fachzeitung“ bewerten.

Die Wortgefechte finden eine markante Ergänzung in den Kriegserklärungen der Parteien. Die vom Hauptvorstande des Deutschen Holzarbeiterverbandes ausgeschriebenen Extraleistungen haben wir bereits in der vorigen Nummer veröffentlicht. Neuerdings hat die Zahlstelle Berlin des gleichen Verbandes beschlossen, den Wochenbeitrag sofort auf 1,50 Mk. zu erhöhen und eine weitere Steigerung auf 2 Mk. dann vorzunehmen, wenn die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu scheitern drohten. Der erste Beitrag von 1,50 Mk. war bereits am 15. Januar fällig. — In Dresden haben Vorstand und Vertrauensleute der Zahlstelle außer der Erhöhung des Wochenbeitrages auf 1 Mk. beschlossen, bei der Generalversammlung zu beantragen, daß beim Ausbruch eines Kampfes für die erste Woche eine Unterstützung nicht gewährt werden soll. — In Cöln wurde beschlossen, neben den ordentlichen Wochenbeiträgen von 1 Mk. noch vier Extraleistungen von insgesamt 2 Mk. zu erheben. Seit der Kündigung der Verträge haben im „Deutschen Holzarbeiterverbande“ nach der Veröffentlichung der „Holzarbeiter-Zeitung“ folgende Zahl-

stellen den Wochenbeitrag erhöht: um 10 Pfg.: Blomberg, Boizenburg, Eberswalde, Eichwege, Glogau, Grünberg, Günzburg, Herzbrunn, Lehre, Loitz, Lyck, Marne, Neu-Brandenburg, Rendsburg, Schweinfurt, Schwelm, Urach, Zweibrücken; um 15 Pfg.: Veelitz, Gera, Suhl, Stargard, Stendal; um 20 Pfg.: Bonn, Forst, Glückstadt, Königs-Wusterhausen, Marienburg, Nafel, Nienburg, Oggersheim, Schmiedeberg, Schönwalde, Stettin, Soltau, Thorn, Uslar, Winsen; um 25 Pfg.: Ahrensburg, Coswig, Halle a. S., Kalkheim, Niederstedt, Pinnberg, Schwerin a. W.; um 30 Pfg.: Bergedorf, Blankeneße, Braunschweig, Danzig, Eberswalde, Elmsborn, Groß-Schönau, Halberstadt, Hildesheim, Ludwigshafen, Schleuditz, Worms; um 35 Pfg.: Bernau, Neumünster, Oldenburg, Potsdam; um 40 Pfg.: Königsberg, Lüneburg; um 50 Pfg.: Bremen, Copenik, Düsseldorf, Flensburg, Hadersleben, Harburg, Leipzig, München; um 70 Pfg.: Hannover; um 1 Mk.: Spandau, Steglitz.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter S.-D. hat zur Stärkung seines „Kriegsschatzes“ vier Extraleistungen à 0,50 Mk. ausgeschrieben. Die Bezahlung der vier Streifenmarken muß bis zum 12. Februar d. J. erfolgt sein. Die Nr. 3 der „Eiche“ meldet zudem, daß der Ortsverein Lübeck fortan neben dem ordentlichen Gewerkebeitrage einen Lokalbeitrag in Höhe von 30 Pfg. erhebt und der Ortsverein Stolp i. Pr. zur Stärkung der Hauptkasse 500 Mark zur Verfügung gestellt hat.

Daß die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands bei den Kämpfen zu einem Kampfe, bei dem es sich um „Sein oder Nichtsein“ handelt, nicht zurückziehen, braucht eigentlich kaum besonders betont zu werden. Der besseren Uebersicht halber registrieren wir indes neben den bereits in der vorigen Nummer ge-

Verbandsmitglieder! Werbt in der kritischen Zeit mit Ausdauer neue Kämpfer für die Interessen der Gesamt-Kollegenschaft!

nehmigten Beitragserhöhungen und quittierten Extraleistungen noch folgendes: Düsseldorf sandte 2000 Mk. als Extragabe zur Stärkung der Hauptkasse, neben 2000 Mk. als Abschlagszahlung zur nächsten Abrechnung, zusammen 4000 Mk. Pippstadt meldet die Erhöhung des Lokalbeitrages um 10 Pfg. pro Woche. Hildesheim sandte 100 Mk. und erhöht den Wochenbeitrag auf 80 Pfg. Alle lokalen Unterstützungen sind bis auf weiteres gesperrt. Ruhrort überweist der Hauptkasse 200 Mk. und beschließt die Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg. Die Elberfelder Kollegen führen bis zum Neuabschluss der Verträge den vollen zur Erhebung kommenden Wochenbeitrag von 60 Pfg. an die Hauptkasse ab. Die Generalversammlung soll demnächst weiteres beschließen. Elberfeld-Barmen bewilligt der Hauptkasse 500 Mk. und erhöht den Beitrag auf 70 Pfg. pro Woche. Gagen sendet 100 Mk. Amberg erhöht im Interesse der Hauptkasse den Beitrag auf 65 Pfg. Stuttgart überweist der Hauptkasse 150 Mark; Frankfurt a. M. 100 Mark. Würzburg hat zur Stärkung der Hauptkasse 50 Mk. abgeschrieben und zur Entlastung der Lokalkasse beschlossen, die Krankenkassenunterstützung um die Hälfte zu reduzieren und bei der Arbeitslosenunterstützung die Zahl der Karenztage zu erhöhen. Wiesbaden hat den Wochenbeitrag auf 80 Pfg. erhöht und der Hauptkasse 70 Mk. zur Verfügung gestellt. Karlsruhe erhöht den Wochenbeitrag auf 70 Pfg. Das gleiche ist von Wald (Hild.) zu melden. Merгентheim meldet neben der Bewilligung eines Beitrages für die Hauptkasse die Erhöhung des Beitrages auf 65 Pfg. (wovon 60 Pfg. an die Hauptkasse abgeführt werden). „Damit ist nicht gesagt, daß dies das höchste ist, was wir leisten; wir sind, wenn es die Ehre und das Ansehen unseres Verbandes verlangen, noch zu größeren Opfern bereit.“ Magdeburg erhöht den Beitrag auf 75 Pfg., überweist der Hauptkasse einen bestimmten Betrag und brückt den Wunsch aus, der Hauptvorstand möge den an die Hauptkasse abzuführenden Betrag pro Woche und Mitglied auf 60 Pfg. erhöhen. Osnabrück beschloß durch die Lokalverwaltung 100 Mk. der Hauptkasse sofort zu überweisen und einen um 10 Pfg. höheren Betrag pro Woche und Mitglied an die Hauptkasse abzuführen. Bremen liefert sofort 250 Mk. an die Hauptkasse ab und leistet außerdem zu Gunsten der letzteren pro Mitglied und Woche einen Lokalbeitrag von 25 Pfg. Der Zahlstellenvorstand in Herne rechnet auf mindestens 100 Mk., die der Hauptkasse durch Generalversammlungsbeschluss zusteßen werden. Offenbach sendet der Hauptkasse 150 Mk. als Extraleistung. Guben 50 Mk. Weisen erhöht den

„Schland beizutreten“. — Eine Anzahl neuer Mitglieder...

Verdingen. Das Jahr 1909 stand fast noch ebenso wie sein...

Dortmund. Bei der hiesigen Gewerbeberichts Wahl wurde...

„Am Tage der Dortmunder Gewerbeberichts Wahl wurde von...

„Herr Braun blieb den Beweis schuldig. In Nr. 1 der...

„Herr Braun blieb den Beweis schuldig. In Nr. 1 der...

„Herr Braun blieb den Beweis schuldig. In Nr. 1 der...

Krankengeldzuschusskasse.

Trotz wiederholter Bekanntmachungen und Rundschreiben...

Sterbefasel.

Peter de Giller, Bandsäger, gestorben zu München...

Gewerkschaftliches.

Zum Reichstarif für das Malergewerbe schreibt uns der...

Ein Streikverbot für die in öffentlichen Betrieben be-

„Wer vorsätzlich den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr...

„Anschließend ist die Bestimmung hart, doch läuft sie mit...

Als Verächter des Koalitionsrechtes bekannte sich der...

„In voriger Woche mußten 10 Arbeiter gefündigt werden...

„Wann endlich wird einmal die Zeit kommen, wo unsere...

Das Organ des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes...

„Das konnte und durfte uns indes nicht abhalten, die Heuch-

Sonderbar wie ein Organ, das selbst die Grundsätze von...

Der deutsche Werkmeisterverband hatte seinen Syndikus...

Rückwärts, rückwärts! Als eine neue Erscheinung in...

„Rückwärts, rückwärts! Als eine neue Erscheinung in...

„sozialdemokratische Druckerei“, einer „Gewerkschafts-Buchhandlung“...

Ein Personalbuch für die Werkstatt wird den Tischler-

„Die Modernen!“ Die Vorhaltungen der elsäß-lothringischen...

„Es ist allerdings sehr starkes Tabak, daß man es wagt, er-

Sind die roten Böttcher wirklich so „moderne Menschen!“...

Sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine neutral?...

„Wenn die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine ihrer ganzen...

Das Hauptorgan der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine...

„Das Gros unserer Mitglieder huldigt, wenn zum Teil auch...

Soziale Rundschau.

Das preussische Landtagswahlrecht ist im politischen...

Die Großstädte des Deutschen Reiches (42 an der Zahl)...

Gaushalt des Selbständigen vorhanden waren. Rechnet man die Angehörigen und häuslich Dienenden ein, so ergibt sich, daß in den Großstädten 6 089 282 Personen von der Industrie, 8 065 381 vom Handel und Verkehr ernährt werden; 1 142 230 Personen entfallen auf die Klasse der Berufslosen, 1 020 898 auf die öffentlichen und freien Berufe (einschl. Meer und Flotte); 334 154 auf Lohnarbeit wechselnder Art; 140 074 auf die Landwirtschaft. Von der Gesamtbevölkerung entfallen der sozialen Gliederung nach auf die 42 Großstädte: Industrie 23%, Handel 37%, Lohnarbeit wechselnder Art 42%, öffentliche und freie Berufe 30%, Berufslose 22%.

Krankenkassen und Wohnungsfrage. Die Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin hatte viele Jahre lang Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder veranstaltet. Nachdem diese Erhebungen ein ganzes Jahrzehnt lang unbeanstandet geblieben waren, machte der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer eine Eingabe, in der von den Behörden gefordert wurde, daß diese Erhebungen zu verbieten seien. Vom Magistrat Berlins und in der höheren Instanz vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wurde der Antrag der Hausbesitzer abgelehnt, weil auch nach Ansicht dieser Instanzen die Krankenkassen das Recht hätten, solche Erhebungen vorzunehmen. Anderer Ansicht war der preussische Handelsminister, denn aus dem Handelsministerium kam eine Verfügung, die der Ortskrankenkasse der Kaufleute die Vorahme weiterer Wohnungserhebungen untersagte. Gegen diese Verfügung rief die Krankenkasse die Entscheidung des Bezirksausschusses an. Der Bezirksausschuß entschied zugunsten des Handelsministeriums. Da sich das preussische Handelsministerium auch bei diesem Entscheid nicht begnügte, so mußte sich auch noch das preussische Obergericht mit dieser Sache beschäftigen. Auch das Obergericht entschied jetzt zugunsten des Handelsministeriums, so daß also die Klasse auch fernerhin ihre Wohnungserhebungen vornehmen kann.

Soziale Rechtsprechung.

Der schlagfertige Bezirksleiter Ehler des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes aus Frankfurt, der am 31. Oktober v. J. in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung zu Schm. Grund einem christlichen Gewerkschaftler einen Schlag ins Gesicht versetzte, wurde am 23. Dez. v. J. wegen dieser Heldentat vom Schöffengericht zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus dem gewerblichen Leben.

Eine neue Konjunktur steht uns, wie der bekannte Wirtschaftspolitiker Calmer in seiner „wirtschaftlichen Rundschau“ anspricht, in höherer Aussicht. Nach den bisherigen Erfahrungen folgten stets vier Aufschwungsjahren, drei Niedergangsjahre. Die Statistik des Arbeitsmarktes weist nun nach, daß in den vier Jahren 1903—1906, die Zahl der arbeitenden Personen fortwährend ab, in den drei Jahren 1907—1909 aber fortwährend zugenommen hat. (Nebenbei bemerkt, war auch das Arbeitsangebot in der letzten Kriegszeit nicht so stark wie in der Kriegszeit 1900—1902). Calmer erklärt so: Es wäre verfehlt, aus solchen Beobachtungen eine allgemeine gültige Regel ableiten zu wollen. Aber wenn wir im laufenden Jahre, genau wie 1896 und 1903, auf anderen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung Faktoren wirken sehen, die mit elementarer Kraft auf einen neuen Aufschwung hinarbeiten, so können wir doch gestützt auf unsere wenigen Beobachtungen, mit einiger Wahrscheinlichkeit einen neuen Aufschwung in die Rechnung setzen. Wir können dieses jedenfalls mit mehr Berechtigung, als wenn wir eine Verschlechterung in Aussicht stellen wollten. Nach dem ganzen Verlauf des Jahres 1909 ist für 1910 mit dem Beginn einer neuen Aufschwungsperiode zu rechnen und gerade für die gewerkschaftliche Tätigkeit kann man nicht frühzeitig genug auf die grundlegende Wendung in der Richtung der Konjunktur hinweisen.

Das Holzgewerbe im Jahre 1909. Für das Holzgewerbe konnte, so schreibt die „Deutsche Wälder-Zeitung“, die Krise bereits mit dem Abschluß des Jahres 1908 als überwunden gelten. Von Anfang 1909 ab konnte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß es, wenn auch langsam, so doch unmerklich wieder aufwärts gehe. Der Verlauf des Jahres hat diese Erwartung gerechtfertigt: am Jahreschluß kann man mit Bestimmtheit feststellen, daß die Erholung, die in der ersten Jahreshälfte erst langsam Fortschritte machte, von

Mitte des Jahres ab in immer schnellerer Progression zugenommen hat. Die Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe, die in den schlechtesten Monaten eine geradezu beängstigende Höhe erreicht hatte, ist allmählich wieder auf ein erträgliches Maß zurückgegangen. Einen weiteren Beweis für die Besserung, die die Lage im Holzgewerbe erfahren hat, bietet die Verengung der Einfuhr von Bau- und Nutzholz. Nachdem sie vergangenes Jahr überaus scharf hinter der vor 1907 zurückgebliebenen war, hat sie dieses Jahr wieder etwas zugenommen; die Mengen von 1907 konnten allerdings noch nicht wieder importiert werden. Da auf der andern Seite der Export von Bau- und Nutzholz aus Deutschland dieses Jahr nur wenig stärker war als 1908, so verblieb ein erheblich größerer Ueberschuß im Inlande als vergangenes Jahr. Das Plus der Einfuhr über die Ausfuhr betrug nämlich während der ersten zehn Monate in Doppelpennern 1907: 50 512 706, 1908: 44 901 150, 1909: 45 351 695. Der Mehrbedarf kam hauptsächlich durch die stärkere Bautätigkeit, die ja wieder bedeutend größere Mengen Bauholzes als 1908 und auch 1907 erforderlich machte. Daher gab es auch in der Bauwirtschaft etwas langsamere Fortschritte machte.

Verhältnismäßig matt war noch die Unternehmungslust im Holzgewerbe. Teils mahnte die Rentabilität der bestehenden Fabriken zur Zurückhaltung, denn auf ein Aktienkapital von 45 1/2 Mill. Mark wurden bei 49 holzgewerblichen Unternehmungen 1908/09 durchschnittlich nur 5,4 Proz. Dividende verteilt gegen 6,5 Proz. im Vorjahre, teils hielt die unfreundliche Beurteilung der Lage des Holzgewerbes durch die Börse die Unternehmungslust zurück: kurz die Summe des neu investierten Kapitals erreichte den Umfang der des Jahres 1908 nicht. Im Vergleich zu 1907 ergibt sich ebenfalls eine Einschränkung der Neuinvestitionen. Die Neuinvestitionen betrafen 1908 118, in diesem Jahre nur 109 Gesellschaften. Der Durchschnittskurs einer Reihe dem Holzgewerbe angehöriger Betriebe, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, stieg sich zu Jahresbeginn auf 259, Ende November aber auf 250, so daß sich eine Entwertung um 9 Proz. des Nominalkapitals ergibt. Demgegenüber ist der Gesamtdurchschnittskurs aller Dividendenwerte von 100,71 Anfang 1909 auf 104,15 Ende November, also um 3,44 in die Höhe gegangen. — Nicht unwahrscheinlich ist, daß der Kursrückgang der holzgewerblichen Aktien am Jahreschluß 1909 eine Folge der Vorbereitungen auf die in Aussicht stehende Arbeitskämpfe in der Holzindustrie ist.

Kartellierungsbestrebungen im deutschen Holzhandel sind, wie Dr. R. Schmid in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ mitteilt, seit langem Anlaß zu recht lebhaften Erörterungen. Wo bislang auch nur Stimmen aus dem Holzhandel laut wurden, drang die Klage über eine fortwährende Verschärfung der Existenzbedingungen durch. Im Holzhandel herrscht nach dem Bericht der Handelskammer Mannheim „der Kampf aller gegen alle“. Das kommt auch durch die Tatsache zum Ausdruck, daß die amtliche Kartellbenachrichtigung nur fünf Kartelle in der Holzindustrie verzeichnet. Im großen und ganzen sind die Kartellierungsbestrebungen in der Holzindustrie und im Holzhandel über Verträge noch nicht hinausgekommen. Als älteste Kartellierungsbestrebungen im Holzhandel sind die Submissionsvereinbarungen, „Kippe“ genannt, bekannt. Dabei verpflichten sich die Käufer bei Holzverkäufen im Walde mit ihren Angeboten zurückzuhalten und so die Preise zu drücken. Ein Beauftragter erwirbt den ganzen Posten Summe zu niedrigen Preisen und wird der Posten dann unter die Verbündeten verteilt. Immer mehr geht man jedoch in den Kreisen der Holzhandler dazu über, den Einkaufsvereinbarungen eine feste Grundlage zu geben und existieren heute schon, namentlich in Süddeutschland verschiedene diesartige Konventionen.

Als erstes regelrechtes Kartell im Holzhandel (Zwischenhandel und Absatz) trat 1895 die „Konvention für deutsche Holzwaren“ ins Leben, die unter 8 größeren Firmen Rheinlands geschlossen wurde. Die Vereinbarung soll gute Resultate erzielt haben, löste sich indes nach mehrjährigem Bestand auf. Vermutlich konnte sie dem Ansturm der ausländischen Holzware (Fischpine) nicht Stand halten. 1906 traten die bedeutendsten Firmen aus Oberbayern, Main und Neckar zu einer Preiskonvention im Langholzhandel zusammen. Nach einem Jahre schon hörte auch diese Konvention zu existieren auf, angeblich weil es an Holzlieferungen fehlte, die ein Zurückhalten der Preise ermöglichten. — Von Mannheim aus wurde, als sich die schwedischen exportierenden Sägereibesitzer vereinigt hatten, lebhaft für zwei Kartelle, eines der Importeure und ein anderes der Sägewerke agitiert. Ein praktischer Erfolg wurde nicht erzielt. Eine Konvention der Mannheimer Hölzwerke wurde von der Konkurrenz gesprengt. Andere Kartellierungsversuche des Zwischenhandels scheiterten an dem Widerstand der Händler, die den direkten Bezug aus den Produktionsgebieten in die Wege leiteten.

Eine erfolgreiche Konvention besteht seit 1905 in Bayern. Säger und Händler, die sich mit der Herstellung und dem Ver-

trieb der S in Ware (Kanalbreiter) befassen, setzten zur Vermeidung der Unterbietung jeweils für ein Jahr die Preise sowie für den Absatz an die Wiederverkäufer als auch an die Konsumenten fest. — 1908 entstand eine Preiskonvention der Holzwerke des Weichselgebietes sowie ein Abkommen des Bergisch-mittelrheinischer Floßholzhändler mit dem Verband mittelrheinischer Holzhandler, um den Zwischenhandel wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die rheinischen und westfälischen Holzwerke gründeten im Sommer 1909 einen Verband zur Festsetzung von Einheitspreisen und Beschränkung des Angebots Schnittholzes durch Kontingentierung (Verteilung) der Produktion. Im übrigen sind alle Versuche, den Holzhandel mehr zu kartellieren gescheitert. Begründet wird dieses in der Hauptsache mit der Uneinigkeit der in Frage kommenden Kreise und dem völlig Verlagen des Solidaritätsgefühls. Der Verfasser des angezogenen Artikels konstatiert zum Schluß: „Ein völlig unzeitgemäher Desinteresse und Kleingeisterei entspringendes Geschäftsgeschehen von ausgeprägter Kartellunreinheit eines großen Teiles der Holzhandelschaft und paßt so wenig in das Gefühl der modernen Volkswirtschaft, daß man nicht fehl gehen wird in der Behauptung, daß in letzten Grunde damit die gesamte Bewegung im Holzhandel steht und fällt.“

Industrie für Holzverwertung A. G. in Altenesch. Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß Anbetracht der erheblichen Ausdehnung des Absatzgebietes des Unternehmens, das Aktienkapital von 500 000 Mk. auf 1 Million Mk. zu erhöhen. — Für das letzte Geschäftsjahr wurde eine Dividende von 6% in Aussicht gestellt.

Literarisches.

„Die Konstitutionelle Fabrik“ — so heißt der Titel eines Buches, welches im Verlage von Gustav Fischer in Jena u. Göttingen Freese erschienen ist. Es zeigt uns, welche fördernde Arbeit geleistet werden kann auf sozialem Gebiet, wenn der Unternehmer den guten Willen zur Tat hat. Das Resultat einer 25jährigen Praxis wird uns vorgeführt. Freese war bis nach Uebenahme der väterlichen Zalusfabrik zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine politischen theoretischen Ansichten mit der Praxis in seinem Betriebe nicht im Einklang standen. Er fing deshalb mit der Einsetzung einer Arbeitervertretung an und merkte bald, daß er mit diesem Ausbau der Selbstverwaltungsgedanken an seinem „Herrenrecht“ nur sehr bar Verlust erlitt. Denn seine „Opfer“ befestigten und sicherten sein Unternehmen. Mit dieser Arbeitervertretung wurde im gleichen Jahre ein Tarifvertrag vereinbart. Dem Tarifvertrage folgte die Einführung des Achtstundentages. Und dabei zeigte Freese bei seinen Arbeitern zuerst Widerstand. Sie befürchteten einen Ausfall ihrer Einnahmen. Die Arbeitervertretung ließ seine Einführung ab. Aber Freese ließ sich nicht irre machen er machte zunächst einen Versuch mit dem Neunstundentag. Der Versuch glückte, der Achtstundentag folgte bald nach. Er ließ beiden Seiten zugute. Die Unkosten wurden geringer, auf andern Seite besserte sich die Arbeitsfreudigkeit und damit Leistungsfähigkeit. Parallel damit verminderten sich die Streitigkeiten. Die Fabrik gedieh weiter, der Verdienst der Arbeiter verringerte sich nicht. Der Gewinnbeteiligung der Beamten und Freese die der Arbeiter folgen. Seine Studien hierzu machte bei einer holländischen Fabrik. Der Gewinn für die Arbeiter konnte von 2—7 1/2 Proz. des Lohnes gesteigert werden. Und auch das schlug zum Heile der Fabrik aus. Wachen in Betrieb gleicher Branche streiks aus, so wurde die Freese'sche verschont. Interessengemeinschaft, miteinander verknüpft. Woffahrtseingungen mancherlei Art entstanden. Und alles wird verwaltet auf dem Prinzip der Selbstverwaltung. Bei allem spricht die Arbeitervertretung mit. Die Rechte beider Parteien sind im Klaren sicher festgelegt. Deshalb fanden beide auch ihre Rechnung. Es ist ein selten interessantes Buch, welches man hier liest. Es bereist, was erreicht werden kann im Interesse von Industrie und Arbeitern, wenn der Wille vorhanden ist. Möge die Beispiel nachgefolgt werden. Den notwendigen Kämpfen wird die Schärfe genommen werden.

Briefkasten.

Stehr. Der vom „Ritz“ kühnlos übernommene Artikel über die deutsch-rabitalen Arbeiterbewegung in Oesterreich dürfte die hegemone Bedeutung haben.

Sch. Neuburg. Das Porto für Sendungen an die Zeitung tragen die Lokalkassen, während bei Sendungen an die Hauptstelle das Porto trägt.

Au Mehrere. Selbstverständlich ist der 63. Wochenbeitrag vom vorigen Jahre ein Pflichtbeitrag. Diejenigen Kollegen, sich weigern, denselben zu zahlen, bleiben daher eine Woche standig und werden sich dieselben im Unterstützungsfalle schon Abzug gefallen lassen müssen. Im übrigen sollte man es für sich möglich halten, daß in der jetzigen Situation Kollegen weigern, diesen ordnungsgemäßen Wochenbeitrag zu entrichten. R. Gelsenkirchen. R. Stuttgart. Siehe unter Kennzeichnungen der Krankenkasse in dieser Nummer.

Mitteldeutsche Tischler-Lehrschule
Cöthen in Anhalt.
Gibt hoch Schuljahr der Branche in Expeditionen, Fachern (Klempnerarbeiten) und Selbststudien.
Programme frei nach die Direktion.

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen
Externstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkmeister und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Auskunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Tischler-Fachschule
Hannover a. Harz
gebirgige Ausbildung als Tischler, Drechselmeister und Zeichner. Programm frei. Direktion Reichling.
Zum Selbststudium empfehle: Die „Stille Lehr für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. In beglückten von Direktor Reichling, Hannover a. Harz.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grasse für u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten.
:: Programme frei. ::
Direktor Brecht.

Schreiner-Werkzeuge
Patent, Läng, Hakenlöcher, amerik. Schraubenzieher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis und franko.
HEINRICH BUNCH, Werkzeug-Vertriebshaus,
Hagen i. W.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Münchberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Hr. C. Kabsen

Zwei durchaus tüchtige
Horndrechsler
sowie gesucht. **Zid & Drünger**
Bohmwinkel (Mühl.)

Zahlstelle Danzig.
Sonntag, den 22. Januar, abends 8.
Generalversammlung
im St. Josephshaus, Löpfergasse.
Tagesordnung: Geschäfts- und Wahlbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.
für Schreiner.
Großes modernes Möbelwerk, 300 Stk. 1—10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für 3 Mark abzugeben.
Baum, Architekt
Dahme 10 u. f. Propaganda